

EINKOMMENSVERTEILUNG

Bei der Antwort auf die Frage, ob eine Wirtschaftsordnung gerecht ist, orientieren sich Menschen zumeist an der Einkommensverteilung. Je mehr die Einkommen von „Reichen“ und „Armen“ auseinanderdriften, desto stärker ist der Druck auf die Politik, von „oben“ nach „unten“ umzuverteilen. Obwohl in Deutschland der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt 2017 mit 965,5 Mrd. € knapp 30 % betrug (BMAS, 2018), gibt es Rufe nach einer Ausweitung des Sozialstaats. Negative Wirkungen einer noch größeren Umverteilung auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen werden dabei häufig übersehen.

Deutschland bei Umverteilung international in der Spitzengruppe

Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen war in Deutschland 2016 geringer als im Durchschnitt der EU und des Euroraums. Deutschland gilt im internationalen Vergleich als ein Land mit einem hohen Maß an Einkommensumverteilung. Auch die Armutsrisikoquote – der Anteil der Personen mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens – sinkt durch das Steuer- und Transfersystem rapide. Das Risiko, in

Deutschland einkommensarm zu sein, lag laut Eurostat 2016 vor dem Erhalt von Sozialtransfers bei 25,3 %. Nach dem Erhalt von Sozialtransfers betrug es nur noch 16,5 % und war damit im EU-Vergleich unterdurchschnittlich (EU-28: 17,3 %).

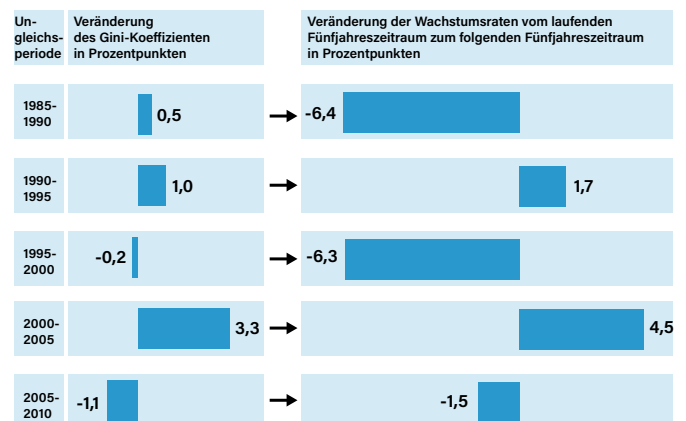
Staatliche Umverteilung funktioniert

Der Sozialstaat verteilt grundsätzlich von oben nach unten um. Die angesichts der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und des technischen Fortschritts wachsende Lücke

Keine Wachstumseinbußen durch Einkommensungleichheit in Deutschland

In Deutschland ist eine Debatte darüber entstanden, ob Einkommensungleichheit Wachstum bremst oder fördert. Ein Anstieg der Ungleichheit in Deutschland fand nahezu ausschließlich im Zeitraum 2000 bis 2005 statt (vgl. Grafik). Hierfür war im Wesentlichen die negative Arbeitsmarktentwicklung verantwortlich, die in einem Höchststand der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 mündete. Im Zeitraum 2000 bis 2005 gab es mit durchschnittlich rd. 3 % zwar auch das geringste Wirtschaftswachstum von allen Fünfjahreszeiträumen seit 1985. Da beide Phänomene aber gleichzeitig auftraten, kann der Anstieg der Ungleichheit nicht die Ursache für das niedrige Wirtschaftswachstum gewesen sein (IW Köln, 2016). Die Zahlen lassen vielmehr den gegenteiligen Schluss zu – dass in Deutschland eine steigende Ungleichheit ein höheres Wachstum nach sich zieht: Auf die Fünfjahresperiode 2000 bis 2005, die durch den größten Anstieg der Ungleichheit gekennzeichnet war, folgte in den fünf Jahren danach ein Anstieg der Wachstumsraten um 4,5 Prozentpunkte. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung hat anhand einer empirischen Analyse gezeigt, dass für einkommensstarke Länder ein positiver – und kein negativer – Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum besteht (ifo, 2018).

Ungleichheit führt nicht zu geringerem Wirtschaftswachstum



Quelle: IW Köln, 2016

EINKOMMENSVERTEILUNG

zwischen Markteinkommen und Nettoeinkommen wird durch die staatliche Umverteilung weitgehend kompensiert. Dabei kommt der Einkommensteuer eine wichtige Rolle zu, weil sie höhere Einkommen überproportional belastet. Die obersten 10 % der Einkommensbezieher zahlten im Jahr 2016 mehr als die Hälfte (55,3 %) aller Einkommensteuern. Dagegen zahlten die unteren 50 % weniger als 6 % des gesamten Einkommensteueraufkommens (BMF, 2017). Während der Staat Beziehern mittlerer und höherer Einkommen über Steuern und Abgaben mehr Geld abnimmt, als er ihnen über Transfers zurückgibt, ist es bei den ärmeren Haushalten genau umgekehrt: Bei einem durchschnittlichen Haushalt mit einem Nettoeinkommen von 1.000 bis 1.500 € beträgt der Umverteilungssaldo +625 €, bei einem Nettohaushaltseinkommen von 3.500 bis 4.000 € liegt der Saldo dagegen bei -321 € (IW Köln, 2017).

Einkommensverteilung relativ konstant

Seit Mitte des letzten Jahrzehnts ist die Verteilung der verfügbaren Einkommen in Deutschland, gemessen mit Hilfe des Gini-Koeffizienten, relativ konstant. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je niedriger der Wert, desto geringer ist die Ungleichheit. Mit einem Wert von 0,29 im Jahr 2015 ist die Einkommensverteilung in Deutschland gleichmäßiger als im OECD-Durchschnitt mit 0,32 (OECD, 2017).

Beschäftigungsfördernde Lohnpolitik wirkt geringen Einkommen entgegen

Arbeitslosigkeit ist der häufigste Grund für ein geringes Einkommen. Durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und durch moderate Lohnpolitik ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland zuletzt stark zurückgegangen, von 2005 auf 2017 um über

Die Tarifpartner haben durch beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse dazu beigetragen, dass zwischen 2006 und 2017 rd. 5,6 Mio. (+21 %) zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen wurden (Bundesagentur für Arbeit, 2018).

2 Mio. auf 2,5 Mio. Die Tarifpartner haben durch beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse dazu beigetragen, dass zwischen 2006 und 2017 rd. 5,6 Mio. (+21 %) zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen wurden (Bundesagentur für Arbeit, 2018).

Geringere Sozialbeiträge helfen, Einkommensungleichheit zu begrenzen

Geringere Beitragssätze zur Sozialversicherung sind ein besonders wirksames Mittel, um Einkommensungleichheit zu begrenzen: Sie sorgen für höhere Nettoeinkommen, wovon in erster Linie Arbeitnehmer mit Einkommen am unteren

Ende der Einkommensskala profitieren. Bei ihnen machen die Sozialbeiträge den größten Teil ihrer Abgabenlast aus. Dies gilt besonders für Geringverdiener und Familien mit vergleichsweise geringer Lohnsteuerbelastung. Hohe Einkommen haben von geringeren Sozialbeiträgen dagegen einen geringeren Vorteil, weil sie aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen nur teilweise mit Sozialbeiträgen belastet werden. Zudem ergeben sich durch niedrigere Sozialbeiträge positive Beschäftigungseffekte, von denen ebenfalls besonders Geringqualifizierte und Arbeitslose profitieren.

Lohnquote als Maßstab für Einkommensverteilung ungeeignet

Forderungen nach kräftigeren Lohnsteigerungen werden häufig mit einer gesunkenen Lohnquote begründet. Diese Kennziffer bildet den Anteil der von den Arbeitnehmern erzielten Arbeitsentgelte an allen Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab. Als Maßstab für die Einkommensverteilung ist sie jedoch ungeeignet: Arbeitnehmerhaushalte beziehen neben Löhnen und Gehältern zunehmend Einkommen aus Kapitalanlagen wie Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten. Außerdem erfolgt ein Teil des sozialen Ausgleichs durch schwer erfassbare private Ausgleichs- und Unterhaltszahlungen. Zusehends verwischen diese Transfers die Grenze zwischen Arbeitnehmereinkommen und Kapitaleinkommen. Hinzu kommt, dass die Lohnquote im Konjunkturverlauf schwankt. Löhne, Gehälter, Gewinne und Beschäftigung folgen dem Konjunkturzyklus zeitlich verzögert in unterschiedlichen Abständen. Im Abschwung steigt folglich die Lohnquote, im Aufschwung sinkt sie. So erreichte die Lohnquote im Jahr 2007 mit 63,6 % den niedrigsten Wert seit den 1970er Jahren. Im Krisenjahr 2009 stieg sie dagegen wieder deutlich auf 68,4 %. 2017 betrug sie 67,9 % (Statistisches Bundesamt, 2018).

PUBLIKATIONEN

Fakten statt Zerrbilder: Gerechtigkeit 4.0 – so gerecht ist Deutschland

Broschüre, Juni 2017

kompakt:

- Arbeitskosten
- Gesetzlicher Mindestlohn

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern

T +49 30 2033-1950

volkswirtschaft@arbeitgeber.de